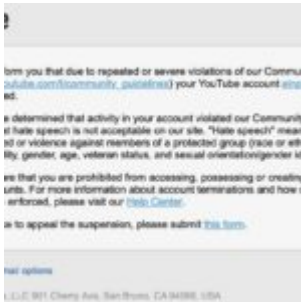


YouTube sperrt Bürgernetzwerk „Ein Prozent“



Derzeit lässt sich ganz praktisch beobachten, wie das Zusammenspiel im Kampf gegen Patrioten in Zukunft aussehen wird. Mit im Boot sind die mehr als zweifelhafte Amadeu Antonio Stiftung (AAS), etablierte Medien und steuerfinanzierte Pseudo-Institute mit Extremismusknähe, die versuchen, die inhaltliche Gleichschaltung in den sozialen Netzwerken zu legitimieren.

„Ein Prozent“ gelöscht – Amadeu Antonio Stiftung feiert

Der Kanal der Bürgerinitiative „Ein Prozent“ hatte 1,9 Millionen „Views“ und rund 12.000 Abonnenten angesammelt. Sie alle verschwanden am Mittwoch ohne Vorwarnung von der US-Videoplattform, die zum Google-Konzern gehört. Derzeit findet man nur den Hinweis, dass der Kanal wegen angeblicher Verstöße gegen das „Verbot von Hassrede“ gelöscht wurde. Die Videos und Reportagen zu Migrantengewalt, die Hilfen bei Wahlbeobachtungen und die Recherchen zu linksextremen Strukturen wurden auf dem Portal Odysee gespiegelt und sind somit nicht ganz verloren.

Auffällig ist, wie sich die Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung verhalten haben. 27 Minuten vor der Löschung hat der AAS-Mitarbeiter Robert Wagner, der selbst mehrfach Ziel von Rassismus-Vorwürfen geworden ist, ausführlich über die YouTube-Aktivitäten von „Ein Prozent“ berichtet. Im Nachgang feierten auch andere AAS-Mitarbeiter wie Miro Dittrich, die

Löschung und die Beschneidung der Meinungsfreiheit.

Am gleichen Tag wurde im SPIEGEL über ein weiteres AAS-Projekt berichtet, das es als „wehrhaftes Instrument“ und Bereicherung für die Demokratie ansieht, legale, aber rechte Inhalte von digitalen Plattformen zu löschen. Doch diesmal war es nur für Experten ersichtlich, dass auch hier die Amadeu Antonio Stiftung am Werk ist. Mittels der Tarnstruktur „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft“ (IDZ), eingerichtet und finanziert nach der Machtübernahme von Rot-Rot-Grün in Thüringen, wurden angebliche wissenschaftliche Gründe vorgetragen, warum es der Meinungsfreiheit in Deutschland hilft, wenn man sie für Andersdenkende beschneidet. Interessant ist, dass die Ergebnisse der Studie erst am 11. Dezember gemeinsam mit der SPD-Bundesjustizministerin Christine Lambrecht ausgerechnet auf YouTube offiziell vorgestellt werden sollen.

Abgerundet wurde der Vorgang durch die etablierten Medien, die die nichtbegründete Sperrung mit den üblichen diffamierenden Phrasen meldeten, ohne die Bürgerinitiative zu Wort kommen zu lassen.

Eine Milliarde gegen Andersdenkende

Der Vorgang zeigt, wie in Zukunft mit bestimmten Regierungskritikern umgegangen wird. Gerade erste hatten linke bis linksextreme Vereine und Initiativen, auch aufgrund des Drucks der Amadeu Antonio Stiftung, eine Milliarde Euro von der Regierung zugesprochen bekommen, um ihre Stellen und Projekte langfristig abzusichern (PI-NEWS berichtete). Wie diese langfristige Arbeit aussehen wird und wie sie alle Gruppen rechts des Mainstreams betrifft, sieht man jetzt am Beispiel der Bürgerinitiative „Ein Prozent“, die schon länger zu der Stiftung und dem IDZ-Leiter Matthias Quent und seinen linksextremen Bezügen recherchiert.

Stein: „Wir werden und müssen klagen!“

Der Leiter der Bürgerinitiative, Philip Stein, hat bereits angekündigt, dass der Verein juristisch gegen die Ausgrenzung vorgehen wird. Explizit für rechtliche Auseinandersetzungen wird ein Solidaritäts-Pin angeboten, der „als klares Bekenntnis zum zivilen Gegenschlag“ verstanden und getragen werden kann. Zudem empfiehlt Stein, dass sich Interessierte in den zensursicheren Rundbrief eintragen und dem Telegram-Kanal der Bürgerbewegung folgen, um über das Verfahren und die Aktivitäten des Vereins auf dem Laufenden zu bleiben.